



CDU-Stadtratsfraktion – 46483 Wesel – Rathaus

**An die Mitglieder
und Freundinnen/-freunde der CDU Wesel**

Wesel, 01.03.2012

Infobrief I / 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen/-freunde,

in Wesel wird in den nächsten Wochen über drei wichtige Themen entschieden. Gerne möchte ich Ihnen die Positionen der CDU-Fraktion dazu kurz erläutern.

**Energiewende und Stromkonzessionsvertrag:
CDU Fraktion für die Stadtwerke – aber nicht gegen das RWE!**

Die Entscheidung über den Strom-Konzessionsvertrag ist eine wichtige strategische, finanzielle und energiepolitische Weichenstellung für die Zukunft unserer Stadt.

RWE ist seit langem ein in Wesel ansässiges Unternehmen. Aber reicht das als Grund, erneut einen langfristigen Konzessionsvertrag mit RWE abzuschließen, oder müssen die städtischen Ziele und Interessen angesichts großer Umwälzungen in der Energiewelt nicht vielmehr sorgfältig abgewogen werden?

Zunächst sind wir der grundsätzlichen Auffassung, dass lebenswichtige Infrastruktureinrichtungen wie Wasserwerk, Straßen, Entwässerungseinrichtungen, Versorgungsnetze, Straßenbeleuchtung usw. möglichst in städtische Hand gehören, um als Stadt langfristig handlungsfähig zu bleiben. Vor Jahren hat die CDU-Fraktion deshalb auch verhindert, dass das Eigentum am Abwassernetz durch Cross-Border-Leasing verloren geht.

Dies gilt auch für ein zukunftsfähiges Stromnetz.

Der rasante Wandel in der Energiewelt führt auch bei den großen Energiekonzernen zu fundamentalen Veränderungen. Wie lange hat RWE überhaupt noch Interesse am Betrieb des Stromnetzes? Der künftige RWE-Chef, Peter Terium, hat jüngst in einem Zeitungsinterview erklärt: „Eigene Netze brauchen wir nicht zwingend. Wir sind ja schließlich auch keine Autobauer, sondern gute Taxifahrer.“ Was passiert dann mit dem Weseler Stromnetz? Sein Hochspannungsnetz hat RWE bereits verkauft. Was passiert, wenn Gazprom bei RWE einsteigt? Wer hat also in Zukunft wirklich den Zugriff auf das Weseler Stromnetz?

Finanziell ist der Betrieb des Stromnetzes höchst interessant. Vor dem Hintergrund der schlechten Finanzlage der Stadt gebietet es die Sorgfaltspflicht, dass wir auch prüfen lassen, welche finanziellen Vorteile die Stadt hätte, wenn das Stromnetz von den eigenen Stadtwerken übernommen würde, denn deren Gewinne gehen größtenteils an die Stadt. Eine solche Untersuchung wurde aber von der Ampel-Koalition und der Bürgermeisterin verhindert. Wir halten dies für unverantwortlich.

Darüber hinaus wollen wir aber auch die Energiewende in unserer Stadt mitgestalten. Für das ganze Thema „Regenerative Energien vor Ort“ sind das Eigentum am Stromnetz sowie leistungsfähige eigene Stadtwerke sehr wichtig.

Die Ziele und Interessen der Kommunen können durch Konzessionsverträge mit den eigenen Stadtwerken umgesetzt werden. Deshalb werden auch Land auf, Land ab in ganz Deutschland Energienetze rekommunalisiert und neue Stadtwerke gegründet.

Wir suchen aber auch einen fairen Interessensausgleich mit dem RWE. Die Verantwortung für unsere Stadt gebietet es, eine alles in allem wirtschaftlich und strategisch vernünftige Entscheidung zu treffen. Wir haben

deshalb vorgeschlagen, dass RWE und Stadtwerke im Netz miteinander kooperieren und eine gemeinsame Gesellschaft gründen. So blieben auch alle Arbeitsplätze in Wesel erhalten. Dies hat die Hovest-Ampel abgelehnt und sich öffentlich vorzeitig, ohne inhaltliche Diskussion, auf einen neuen langfristigen Konzessionsvertrag mit RWE festgelegt. Eine Bewerbung der eigenen Stadtwerke wurde verhindert. Als Folge daraus liegt der Stadt im Konzessionsvergabeverfahren nur eine Bewerbung, die von RWE, vor. Ein bundesweit sicherlich einmaliger Vorgang. Mit verantwortlicher Wahrnehmung städtischer Interessen hat das nichts zu tun.

Da unser Kooperationsvorschlag derzeit im Rat keine Mehrheit findet, werden wir uns angesichts der geschil- derten Gesamthematik für eine kurze Laufzeit des neuen Konzessionsvertrages mit RWE von fünf Jahren ein- setzen. Danach müssen unsere Stadtwerke unbedingt eingebunden werden, damit die Stadt ihre langfristigen strategischen und energiepolitischen Ziele erreichen kann.

Straßenbeleuchtungsvertrag

Neben der Neuvergabe des Stromkonzessionsvertrages wird seit Neuestem auch über die Vergabe des Stra- ßenbeleuchtungsvertrages (Unterhaltung) mit RWE verhandelt. Dabei kommen interessante Fakten zum Vor- schein: Von der Verwaltung vorgelegte bundesweite Vergleichszahlen zeigen, dass die Stadt Wesel bei den Instandhaltungskosten für die Straßenbeleuchtung mit dem z. Zt. geltenden 20-Jahresvertrag mit großem Ab- stand an der Spitze liegt. Während Wesel ca. 650.000,00 Euro pro Jahr bezahlt, wird in Städten vergleichbarer Größenordnung maximal 400.000,00 Euro bezahlt. Das sind üppige 250.000,00 Euro nicht nachvollziehbare Mehrkosten pro Jahr, bei einer Vertragslaufzeit von 20 Jahren summieren sich 5 Mio. Euro zu viel von Wesel an RWE!

Nun liegen die Gründe für diese unfassbaren Mehrkosten 20 Jahre zurück. Der eigentliche Skandal beginnt jedoch bei den heutigen Verhandlungen. Auf Drängen von SPD und FDP wird auf eine gutachterliche Bewer- tung und auf notwendige Vergleichsangebote verzichtet, um den Straßenbeleuchtungsvertrag als Gesamtpaket mit dem Stromkonzessionsvertrag am 13.03.2012 im Rat durchzuboxen. Dabei liegen die Verhandlungsmargen immer noch deutlich (rund 40.000,00 Euro) über den teuersten Städten bundesweit. Und dennoch wird die Prü- fung der Verträge hier aber bewusst nicht vorgenommen. Wenn man bedenkt welch enges Korsett Städte und Gemeinden bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen auferlegt bekommen und wie sehr die Bürgermeisterin stets auf die Einhaltung von rechtlichen Vorgaben besteht, dann ist es schon verwunderlich, dass SPD und FDP (und die Grünen?) eine Vergabe der Straßenbeleuchtungsverträge vornehmen will, ohne jegliche Transparenz und Wettbewerbsvergleich.

Diesen unverantwortlichen Umgang mit Steuermitteln der Weseler Bürger macht die CDU auf gar keinen Fall mit und lehnt diesen Straßenbeleuchtungsvertrag ab. Wie bei allen anderen öffentlichen Aufträgen üblich und bei der Strombelieferung für die Straßenbeleuchtung auch erfolgt, müssen auch Wartungs- und Instandhal- tungsaufträge für Straßenbeleuchtungsverträge und der eventuelle Übergang von öffentlichem Anlagevermögen an einen privaten Dritten, einem Wettbewerbsvergleich standhalten können. Die Hinterzimmer-Verhandlungen ohne Transparenz a la Hovest sind ein Schaden für Wesel und müssen sofort ein Ende haben. Die CDU hat die Stromkommission daher am Dienstagabend verlassen und an weiteren Gesprächen nicht mehr teil ge- nommen.

Gründung einer Hafengesellschaft

Die CDU-Fraktion hat die Potentiale des Stadthafens Wesel schon vor Jahren erkannt, als die Ampel-Koalition noch von anderen Lösungen geträumt hat. Insbesondere haben wir frühzeitig auf die Kooperation mit dem Rhein-Lippe-Hafen und den Hafen Emmelsum gesetzt.

Durch intensive Gespräche mit den anderen Ratsfraktionen hat das Thema nunmehr den Weg in die richtige Richtung genommen. Hinderlich war, wie so oft, das rechthaberische und bevormundende Verhalten von Bür- germeisterin Westkamp und SPD-Chef Hovest. Nur durch konstruktive Gespräche auf Augenhöhe mit unseren Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Kreistagsfraktion haben wir ein gemeinsames Vorgehen mit dem Kreis Wesel in Sachen Häfenkooperation erreichen können. In dieser für die gesamte Region wichtigen Frage stre- ben wir nunmehr eine schnellstmögliche Gründung der neuen gemeinsamen Hafengesellschaft unter professio- neller Führung an. Anders als die Bürgermeisterin und der Chef der Ampel-Koalition Hovest halten wir es näm- lich auch für unabdingbar, dass ein Geschäftsführer aus der Logistik- oder Hafenbranche, also jemand, der wirklich Hafen kann, frühzeitig, möglichst schon in der Gründungsphase, eingebunden wird.

Mit besten Grüßen



Jürgen Linz
Fraktionsvorsitzender